



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 20.06.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 03.06.2013, 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Yvonne Gebauer FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerhard Brust GRÜNE in Vertretung für Frau Jahn

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch SPD
Herr Dr. Ralf Heinen SPD
Frau Dagmar Paffen SPD
Herr Franz Philippi SPD
Frau Anne Hauser CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben CDU
Frau Ulrike Kessing GRÜNE
Herr Horst Thelen GRÜNE
Herr Martin Schöppe pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Marie-Luise Quilling auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gerson Wirth

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Katrin Gutknecht auf Vorschlag der FDP
Frau Claudia Klein auf Vorschlag der FDP
Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Stephanie Stangier auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Für die Katholische Kirche

Frau Christiane Mauritz

Für die Evangelische Kirche

Frau Beate Habets

Für die Bezirksschülervertretung

Frau Anna Gazel Ugurlu

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kirsten Jahn GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hildegard Fuhrmann auf Vorschlag der SPD
Herr Jörg Uckermann auf Vorschlag von pro Köln
Frau Angelika Link-Wilden auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold

Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Ekrem Ceylan

Frau Ebru Coban

KL

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz

Die Verwaltung teilt mit, dass die **Studie der Universität zu Köln zum Kölner Rucksack-Programm** sowie eine Dokumentation über die **Entwicklung der Raumprogramme für die Bildungslandschaft Altstadt/Nord** ausgelegt wurden und bittet um Kenntnisnahme.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bat nach Freigabe der **Niederschrift zur letzten Sitzung vom 15.04.2013** darum, diese auf **Seite 17 unten** zu TOP 5.2.3 Jahresbericht um folgende konkrete Fragestellung zu **ergänzen**:

„Zum Sachstandsbericht Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst:
Wie steht es mit der Verselbständigung der Außenstelle Montessori-Schule Ferdinandstraße?“

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

- Die Beantwortungen unter **TOP 2.1.6 bis 2.1.14** (davon **TOP 2.1.11 bis 2.1.14 als Tischvorlagen**),
- die neuen Anfragen unter **TOP 2.2.1 bis 2.2.3** (davon **TOP 2.2.3 und die Antwort zu TOP 2.2.2 als Tischvorlagen**),
- die Vorlagen unter **TOP 4.4 bis 4.6** (die **Anlagen 6, 6.1 und 7 zu TOP 4.3** werden **als Tischvorlagen** vorgelegt),
- die Mitteilungen **TOP 5.2.4 bis 5.2.7**, sowie
- die Bewerbung unter **TOP 10.3**.

Unter TOP 2.1.12 wurde irrtümlich die Beantwortung zu TOP 2.2.1 eingefügt. Diese sollte dort (also bei TOP 2.2.1) behandelt werden.

Den Änderungen der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Frau Manderla weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 01.07.2013 abweichend vom sonstigen Tagungsort im Theo-

dor-Burauen-Saal, Raum B121 im spanischen Bau des Rathauses stattfindet und bittet den Schriftführer, dies nochmals deutlich in der Einladung zur nächsten Sitzung kenntlich zu machen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 2.1 Frühere Anfragen
 - 2.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012
0867/2013
 - 2.1.2 Kölner Mitgliedschaftsmodell im Offenen Ganzttag an Grundschulen
1216/2013
 - 2.1.3 Entwicklung der Fallzahlen in Bezug auf Schulbegleitung §35a SGB VIII
1383/2013
 - 2.1.4 Weiterentwicklung des Schulstandortes Albermannstraße in Köln Kalk, AN
0521/2013
Anfrage des Bezirksvertreters Fischer (Die Linke) vom 17.04.2013
1419/2013
 - 2.1.5 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an
der Eichendorff-Realschule Dechenstr. 1, in Köln-Neu Ehrenfeld (2952/2012)
hier: Beantwortung von Fragen aus der Sitzung des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung vom 21.01.2013, TOP 2.1.4
0758/2013
 - 2.1.6 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013
 - 2.1.7 Brände in Schulen
mündliche Anfragen aus der Sitzung am 04.03.2013, TOP 6
1213/2013
 - 2.1.8 Konsequenzen der Umwandlung des Schulstandortes Dellbrücker Mauspfad
Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsord-
nung des Rates (AN0493/2013)
1410/2013

- 2.1.9 Elternbefragung 2012 zur Schulwahl - Basisauswertung Einzelschulen
1540/2013
- 2.1.10 Situation an Förderschule Kretzer Straße;
Anfrage 0640/2013 Der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der BV Nippes
1801/2013
- 2.1.11 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für die städtischen Schulen
0651/2013
- 2.1.12 Beantwortung zu TOP 2.2.1 (siehe dort)
- 2.1.13 Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schlieben in der Sitzung am
04.03.2013 zum Thema "Sekretariatsnotstand an Kölner Schulen"
1268/2013
- 2.1.14 Vorgezogenes Anmeldeverfahren/Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschulen
1861/2013
- 2.2 Neue Anfragen
 - 2.2.1 Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten im Stadtbezirk Mülheim
AN/0665/2013

Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln, AN/0665/2013;
Ausweitung der Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Mülheim
1847/2013
 - 2.2.2 Plakataktion Inklusion
AN/0704/2013

CDU Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates "Plakataktion Inklus-
sion"
1866/2013
 - 2.2.3 Gesamtschulbedarf Mülheim, Vorlage 1152/2013
AN/0710/2013
- 3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver-
tretungen**
- 4 Vorlagen der Verwaltung**
 - 4.1 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungspla-
nes 71410/05
Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung
0864/2013

- 4.2 frei
- 4.3 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld;
hier: Beschluss über das weitere Verfahren zur Erstellung eines städtebaulichen Planungskonzeptes - Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung)
1077/2013
- 4.4 Fortführung Schulsozialarbeit ab 2014
1041/2013
- 4.5 Ratsvorlage zur Bewerbung um den Titel "NRW-Sportschule"
1421/2013
- 4.6 Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachkraft für Schutz und Sicherheit/Servicekraft für Schutz und Sicherheit" am Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln
1699/2013
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 5.2 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.2.1 Beratung und Transparenz zum Übergang in die Berufs- und Weiterbildungskollegs
1221/2013
- 5.2.2 Sachstand des städtischen iPad-Klassen Projektes
1255/2013
- 5.2.3 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung"
1319/2013
- 5.2.4 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion
1548/2013
- 5.2.5 Genehmigung der Bezirksregierung Köln zur Einführung des gebundenen Ganztages an der Hauptschule Rendsburger Platz (Mülheim) ab Schuljahr 2013/14
1727/2013
- 5.2.6 Kundenforum der Volkshochschule
1174/2013

5.2.7 Inklusive Universitätsschule Heliosgelände - Projektstand
1656/2013

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012 0867/2013

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Kölner Mitgliedschaftsmodell im Offenen Ganztage an Grundschulen 1216/2013

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass das Modell sehr gut anläuft. Man wartet jetzt die Evaluation ab. Es soll ggfs. beim Ministerium beantragt werden, dass das Modell in eine Regelförderung übergeht.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.3 Entwicklung der Fallzahlen in Bezug auf Schulbegleitung §35a SGB VIII 1383/2013

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, befürchtet Sparmaßnahmen bei dieser bewährten Leistung, die zur Inklusion beitragen kann. Er sieht keine großen Chancen, dass der Städtetag eine andere Finanzierungsquelle findet. Er bittet deshalb darum, energischer für die Inklusion zu kämpfen.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, fragt, ob man die Zuständigkeiten zwischen Sozialamt und Jugendamt zukünftig besser konkretisieren kann. Als Beispiel nennt er die Unterscheidung zwischen seelischer und geistiger Behinderung und die Frage, wer oder was finanziert wird.

Frau Dr. Klein erklärt in diesem Zusammenhang, dass es sich nach den bundesgesetzlichen Vorschriften um einen individuellen Anspruch handelt, der nicht gelenkt werden kann sondern vollzogen werden muss. Vertreter/innen der Elternschaft haben an der Aachener Straße ein Beratungsbüro dazu eröffnet, mit dem man zusammenarbeitet. Die Mitteilung soll deutlich machen, dass Inklusion auch für die Kommune zusätzliche finanzielle Belastungen verursacht. Anfang Juni wird es die Verbändeanhörung zum 9. Schulrechtsänderungsgesetz geben und die kommunalen Spitzenverbände werden dann nochmals auf die kommunalen Folgekosten im Rahmen des Inklusionsprozesses hinweisen. Die berechtigten Ansprüche der Betroffenen führen zu Haushaltsmehrbelastungen bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, hat erfahren, dass die Schulen mit der derzeitigen Praxis der Begleiter nicht zufrieden sind. Die Begleiter sind an einzelne Kinder angebunden, was dazu führt, dass teilweise in Klassen bis zu 5 Begleiter anzutreffen sind. In süddeutschen Kommunen sucht man gerade nach Wegen, im

Rahmen der Gesetzgebung systemische Hilfen zu installieren. Er hält es für sinnvoller, wenn einzelne Begleiter auch in Köln für das Gesamtsystem Klasse zuständig wären, um mit weniger Mitteln mehr zu erreichen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass genau dies auch die gemeinsame Absicht der Ämter für Köln sei, um eine Überversorgung zu vermeiden. Derzeit prüft man den Vorschlag des Vereins „mittendrin e.V.“, regelhaft Schulbegleitung zu installieren und im Gegenzug die Eltern zu einem Verzicht auf die individuellen Ansprüche zu bewegen. Ziel ist es, dabei trotzdem dem individuellen Anspruch (Begleiter X für Kind Y) zu genügen.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), möchte aus ihrer beruflichen Erfahrung heraus den systemischen Ansatz unterstützen und schlägt vor, diesen wenigstens zu erproben. Das Tandem „Begleiter X für Kind Y“ sei nicht immer förderlich für die Integration des Kindes.

Auch Herr Pannes möchte weg von einer quantitativen Überversorgung und hält eine qualitative Verbesserung der Versorgung für wichtig. Eine Personalkosteneinsparung sei durch die Umverlagerung von Menge auf Qualität aber nicht erreichbar. Deshalb warnt er vor Sparmaßnahmen in diesem Bereich.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Entscheidung über die Konnexität beim Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen liegt. Es geht jetzt darum, wie man im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt mit enormen Steigerungsraten umgehen kann. Die Prozesse müssten stärker gesteuert werden, um mehr Qualität erreichen zu können. Die Pädagog/innen seien sich einig darüber, dass mehrere unabhängig voneinander auf das einzelne Kind bezogene Integrationshelfer in einer Klasse für Inklusion eher störend sind.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.4 Weiterentwicklung des Schulstandortes Albermannstraße in Köln Kalk, AN 0521/2013 Anfrage des Bezirksvertreters Fischer (Die Linke) vom 17.04.2013 1419/2013

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, hat den Eindruck, dass wegen einer vorgefassten Meinung eine anderweitige Nutzung des Geländes nicht ernsthaft geprüft wurde, und dass die Ablehnung mit nicht qualifizierten Argumenten begründet wurde. Dem Freihalten für eventuelle unbenannte anderweitige Auslagerungen in der Zukunft stehe ein aktueller Raumbedarf für 600 bis 700 Gesamtschulplätze entgegen. Der Aussage, dass der Raumbedarf für eine vierzügige Gesamtschule nicht ausreiche, hält er entgegen, dass dies gar nicht intendiert sei, wenn man auf die Stadtteilschule abzielt. Man könne sich auch Gedanken darüber machen, ob an dieser Stelle keine Dependance der Katharina-Henoth-Gesamtschule entstehen könnte, anstatt dies nur im Hinblick auf den nicht realisierbaren Standort Nürnberger Straße zu betrachten. Schließlich führt er noch aus, dass die Adolf-Kolping-Hauptschule durch die Aufstockung nun stabil groß ist, doch müsse man dies perspektivisch zukunftsbezogen betrachten und einen schrittweisen Abbau zu Gunsten der schrittweisen Einführung einer Dependance für die Katharina-Henoth-Gesamtschule mit in die Überlegungen einbeziehen.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass der Diskussionsprozess zur Einrichtung von Gesamtschulen noch andauert. Von der Kalkschmiede liege ein deutliches Votum für eine Stadtteilschule vor, ohne dass man die Details bisher festgelegt habe. Man neh-

me die Anregungen deshalb mit auf in die derzeitigen Diskussionen innerhalb der Verwaltung.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.5 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule Dechenstr. 1, in Köln-Neuheitenfeld (2952/2012)
hier: Beantwortung von Fragen aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 21.01.2013, TOP 2.1.4 0758/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.6 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013

Frau Manderla hatte die zu Grunde liegende Anfrage im AVR gestellt und hat angeregt, die Beantwortung auch diesem Gremium vorzulegen. Es handelt sich um ein wichtiges Thema, das berücksichtigt werden sollte.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner, stellt in diesem Zusammenhang eine mündliche Anfrage zum Thema „Seiteneinsteiger-Kinder in Köln“:

Durch die EU gelangen immer mehr Eltern nach Deutschland, um ihren Beruf hier ausüben zu können. Auch die Bundespolitik verfolgt das Ziel, Akademiker und Fachkräfte aus dem Ausland (z.B. Spanien) anzuwerben. Dabei gelangen auch immer mehr Kinder dieser Familien ohne Deutschkenntnisse an deutsche Schulen. Diese Seiteneinsteiger-Kinder sind eine Herausforderung für die deutsche Schullandschaft.

1. Wie viele Seiteneinsteiger gehen zur Zeit auf eine Kölner Schule?
2. Wie wird die Verteilung organisiert, auch im Hinblick auf die Schulform?
3. Welche Mittel stehen den jeweiligen Schulen pro Seiteneinsteiger zur Verfügung?
4. Welche Fördermaßnahmen gibt es für diese Schüler/innen?

Frau Dr. Klein sagt zu, dass entsprechende Zahlen vorgelegt werden. Die Zuweisung eines dem Kind gerechten Schulplatzes ist im Hinblick auf die verschiedenen Schulformen in jedem Fall eine Herausforderung. Die Förderung muss dabei darauf hinwirken, dass die Kinder auch mühelos in eine Schule gehen können. Als Beispiel weist sie auf das linksrheinische Projekt Amaro Kher hin, welches Kinder und Jugendliche schulfähig macht. Derzeit gibt es intensive Gespräche, ein entsprechendes Angebot mit der Hilfe von Stiftungsmitteln auch im Rechtsrheinischen aufzubauen, damit die Schulen ihren Bildungsauftrag bezogen auf diese Kinder besser erfüllen können.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.7 Brände in Schulen
mündliche Anfragen aus der Sitzung am 04.03.2013, TOP 6 1213/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.8 Konsequenzen der Umwandlung des Schulstandortes Dellbrücker Mauspfad

**Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN0493/2013)
1410/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.9 Elternbefragung 2012 zur Schulwahl - Basisauswertung Einzelschulen
1540/2013**

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bedankt sich für die ausführlichen und hilfreichen Daten, die für zukünftige Überlegungen hinsichtlich erkennbarer stadtbezirksbezogener Trends und Besonderheiten verwendbar sind.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, hält dagegen den Kosten-Nutzen-Effekt einer solch umfangreichen Gesamtdarstellung für bedenklich und schlägt für die Zukunft vor, Einzelfragen zu Schulen direkter im Ausschuss an die Verwaltung zu stellen.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich für die umfangreiche Information. Ihm ist aufgefallen, dass die Werte stark (zwischen 20% und 96%) schwanken und vermutet, dass dieses –wie beim Ganztagauf unterschiedliche soziologische Daten zurückgeht. Wenn man daraus nun schulbezogene unterschiedliche Reaktionen ableite, dann greife man möglicherweise in fremde Kompetenzen ein. Er hätte es für hilfreich empfunden, wenn bei den Schulen neben dem Namen der Schule auch der Stadtbezirk erwähnt worden wäre.

Frau Manderla war davon ausgegangen, dass den meisten Mitgliedern des Ausschusses die Namen der Kölner Schulen geläufig sind.

Frau Heuer empfiehlt Herrn Thelen, im Zweifel im Intranet auf der Plattform tIPS nachzuschauen.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin (FDP), schließt sich dem Dank an die Verwaltung an und weist darauf hin, dass die Zahlen dann hilfreich sind, wenn man sie nicht nur liest, sondern auch in Bezug zu den Planungen der Verwaltung setzt. Hiermit könne man überprüfen, ob der Elternwille tatsächlich wie immer wieder betont berücksichtigt werde.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.10 Situation an Förderschule Kretzer Straße;
Anfrage 0640/2013 Der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der BV Nippes
1801/2013**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat in diesem Zusammenhang eine Anfrage aus der Schule Kolkrabenweg bekommen, die darüber irritiert war, dass man ursprünglich die Kolkrabenschule mit der Schule in der Leyendecker Straße zusammenlegen wollte. Die neue Planung, Zusammenlegung der Schule Kretzer Straße mit der Leyendecker Straße halte auch er im Hinblick auf die Pläne in der Kretzer Straße für sinnvoller. Er fragt, wie die Verwaltung sicherstellt, dass die Schulen rechtzeitig über solche Pläne informiert werden.

Frau Heuer weist darauf hin, dass man gut mit der Schulaufsicht zusammenarbeite und diese stets informiere. Die direkte Kommunikation mit der Schule findet dann zwi-

schen der Schulaufsicht und der Schulleitung statt, welche die Pläne weitergibt, Vorschläge macht und Vorschläge der Schulen weitertransportiert.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), hat eine Nachfrage zu der Formulierung auf Seite 3 bei dem kleinen Pfeil „...soll **zunächst** die Nebenstelle der Montessori-Grundschule in der Gilbachstraße hierhin verlegt werden“: Was bedeutet in diesem Zusammenhang „zunächst“? Sollen danach andere Schulen dorthin verlegt werden, und wenn ja: welche?

Frau Dr. Klein antwortet, dass es sich um die derzeitige Planung handelt, die dann umgesetzt werden soll, wenn das auch die Schulen so sehen. Gemeint ist ein Zeitpunkt im Sinne von „als erstes“ und keine Abfolge im Sinne von „zuerst/und dann“.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass man eine Schule einfacher auf der Grundlage von bestehenden Strukturen starten kann. Es soll dabei auch nicht an anderer Stelle ein Platzangebot wegfallen. Es habe bereits entsprechende Vorgespräche mit der Schulaufsicht und darüber hinaus als Schulträger mit den Schulleitungen u.a. der Schulen Kretzer Straße und der Kolkrabenschule gegeben, doch könnten diese nicht alle gleichzeitig geführt werden. Der Vorwurf mangelnder Information an die Schulen sei daher nicht gerechtfertigt.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.11 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für die städtischen Schulen 0651/2013

Frau Gorklo-Blameuser erklärt ergänzend, dass man auf Wunsch des Ausschusses mehrere andere Kommunen befragt hat mit dem Ergebnis, dass alle angefragten Kommunen europaweit ausschreiben. Zur Frage, ob die Anzahl der 25 Lose ausdehnbar ist, um mehr Kölner Buchhandlungen die Chance auf den Zugang zum Verfahren zu eröffnen, informiert sie darüber, dass im jüngsten –zunächst nur auf 1 Jahr beschränkten- Verfahren 79 Buchhandlungen zugelassen wurden. Einige Buchhandlungen mussten abgelehnt werden, weil sie die –relativ niedrig angesetzten- formalen Voraussetzungen nicht erfüllten. Von den 79 zugelassenen Buchhandlungen stammen 3 aus Köln und eine weitere, die sich über ihre Filiale aus Bergisch Gladbach beworben hat. Alle Kölner Buchhandlungen hatten im Losverfahren keinen Erfolg, doch spricht das geringe Interesse der Kölner Buchhandlungen, sich an dem Verfahren zu beteiligen, gegen eine Ausdehnung der Lose.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.12 Beantwortung zu TOP 2.2.1 (siehe dort)

2.1.13 Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schlieben in der Sitzung am 04.03.2013 zum Thema "Sekretariatsnotstand an Kölner Schulen" 1268/2013

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.14 Vorgezogenes Anmeldeverfahren/Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschulen 1861/2013

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten im Stadtbezirk Mülheim AN/0665/2013

Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln, AN/0665/2013; Ausweitung der Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Mülheim 1847/2013

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, sieht vergleichbare kritische Fragen zu den Vorschlägen der Verwaltung in der noch nicht beantworteten Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unter TOP 2.2.3 und akzeptiert die noch knappe Beantwortung im Hinblick auf die ausstehende ausführlichere Beantwortung der offenen Anfrage. Ziel müsse es sein, zusätzliche Plätze für das längere gemeinsame Lernen in Mülheim zu schaffen. Wo dies geschehe, sei ihm persönlich und den Eltern relativ egal. Das Argument, man wolle stattdessen eine „bedarfsgerechte Umverteilung“ schaffen, überzeugt ihn aktuell nicht, aber er sei bereit, dies auf der Grundlage ausführlicherer Zahlen in der Beantwortung zur nächsten Sitzung zu überprüfen. Rechnet man die wegfallenden Plätze bei der Gemeinschaftsschule mit den 112 zusätzlichen geplanten Plätzen bei den Gesamtschulen auf Basis der Vorschläge 2 und 4 auf, so ergibt dies keine zusätzlichen Plätze für das längere gemeinsame Lernen. Damit könne man das Problem der fehlenden Gesamtschulplätze im Bezirk Mülheim aber nicht lösen. Er bittet deshalb die Verwaltung darum, in der Beantwortung der anderen Anfrage zur nächsten Sitzung Vorschläge vorzulegen, die eine Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens auf der Basis der Umfrage zum Elternwunsch erkennbar machen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, teilt die Skepsis von Herrn Dr. Schlieben und stellt eine Aufteilung der Gesamtschule Höhenhaus auf zwei Teile fest, wovon einer in Höhenhaus und einer in Dellbrück angesiedelt sein wird. Er hält eine eigenständige Gesamtschule in Dellbrück für sinnvoller und unkomplizierter. Er vermutet hinter der Aufteilung eher den wirtschaftlichen Hintergrund, dass ein bereits geplanter Umbau für einen Teilstandort entschieden kleiner und billiger ausfallen könnte, was er pädagogisch für fatal hält.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schlägt vor, die Generaldebatte auf die nächste Sitzung zu verschieben. Er liest aus der Antwort, dass die Zahl der Gesamtschulplätze im Bezirk über 25 % ansteigt und bittet im Hinblick auf die Schulkonferenzbeschlüsse der anderen Schulen, der Realschule und der Hauptschule in Dellbrück, auch auf diese Rücksicht zu nehmen. Vor dem Hintergrund, dass gerade Mülheim keine steigenden Einwohnerzahlen aufweise, halte er die „kleinere Lösung“ einer Dependence für pragmatischer.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, liest in der Antwort, dass die Beschlussvorlage am 01.07.2013 zur „erstmaligen Beratung“ vorgelegt werden soll und fragt nach, ob der finale Beschluss dann erst nach den Sommerferien getroffen wird.

Frau Dr. Klein antwortet, dass bei Vorlagen mit bezirklichen Auswirkungen das übliche Verfahren darin besteht, zunächst den Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorentscheiden zu lassen, dann die betroffenen Bezirke zu beteiligen und den Ausschuss für Schule und Weiterbildung erneut anzuhören, bevor der Rat entscheidet. Sie hatte noch am Vormittag ein intensives Gespräch mit der Realschule und der Hauptschule

zu dem Gesamtschulstandort Dellbrück: Beide Schulen haben eine Dependancelösung schweren Herzens mitgetragen u.a. unter der Bedingung, dass beide Schulen weiterhin am Schulanmeldeverfahren 2014/2015 teilnehmen. Dies sei jedoch nicht realisierbar. Es handelt sich hier außerdem um eine ÖPP-Schule, die nicht ähnlich wie an anderen Schulen ohne weitere Beteiligung des Investors erweitert werden kann, hier sind grundlegende Verhandlungen notwendig. Die Dependancelösung setzt voraus, dass Realschule und Hauptschule nicht mehr am Anmeldeverfahren 2014/2015 teilnehmen können, damit die Dependancelösung 2015/2016 auch greifen kann. Bei der Entscheidung sollten deshalb die berechtigten Belange der Realschule und der Hauptschule mit berücksichtigt werden. Die Stadt Köln als Schulträger ist gehalten, die Interessen aller Schulen im Blick zu behalten. Auch die Gymnasialkapazitäten in diesem Bereich müssen in der Gesamtschau mit berücksichtigt werden. Derzeit wird der Raumbedarf auf der Basis der Dependancelösung ermittelt. Die Gesamtschule Höhenhaus hat dazu bereits zusätzlichen Raumbedarf angemeldet, der in die Berechnungen zum 01.07. noch mit einfließt.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.2.2 Plakataktion Inklusion AN/0704/2013

CDU Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates "Plakataktion Inklusion" 1866/2013

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für die rasche Beantwortung der Anfrage. Er vermisst jedoch Empathie für das Anliegen der Lehrer/innen an den Förderschulen, das in der Antwort nicht aufgegriffen wird. Die Diskriminierung der Lehrer/innen und Schüler/innen an Förderschulen sowie deren Eltern wird nicht zum Thema der Antwort gemacht, sodass er sie nicht nachvollziehen kann. Er bittet darum, dass man bei ähnlichen Plakataktionen mehr darauf achtet, zum Dialog beizutragen.

Frau Reinecke, Behindertenbeauftragte der Stadt Köln, weist darauf hin, dass es sich hier nicht um eine (beauftragte) Plakataktion der Stadt Köln handelt, sondern um das Ergebnis eines Wettbewerbs, der von der Gold Krämer Stiftung in Kooperation mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik koordiniert und finanziert wurde, ohne dass der Stadt Köln dadurch eigene Kosten entstehen. Die Entwürfe stammen von unterschiedlichen Gruppen, darunter auch viele Förderschulen und andere Betroffene. Die Jury hat aus den Beiträgen jeweils 3 Siegerentwürfe in verschiedenen Altersgruppen (6-12-Jährige, 13-18-Jährige und Erwachsene ab 19 Jahren) ausgewählt, die auf großen Werbetafeln das Thema Inklusion über mehrere Wochen in die Stadtgesellschaft tragen sollen, wobei das Thema nicht speziell auf die schulische Perspektive reduziert war. Es sollte gezeigt werden, dass der Anspruch der Inklusion für alle Menschen in allen Lebensphasen und in allen Lebensbereichen (Wohnen, Bauen, Mobilität, etc.) gilt. Der in der Anfrage angesprochene Siegerentwurf im Bereich Erwachsene wurde von Menschen mit Behinderung erstellt und von den KoKoBe (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen) eingereicht. Unter Punkt 4 der Beantwortung ist die Intention der Einreicher abgedruckt, die sagen, dass gelebte Inklusion immer Bildung für alle bedeutet, da alle von der Vielfalt profitieren. Das gezeigte Bild ist entstanden beim LEA-Leseclub, in welchem Menschen mit Lernschwierigkeiten sich in öffentlichen Cafés treffen, um gemeinsam zu Lesen, um Freude am Lesen zu wecken.

Frau Reinecke befürwortet auch weiterhin solche Aktionen. Es handelt sich dabei um einen Auftrag, der sich aus § 8 der UN-Behindertenrechtskonvention (Bewusstseinsbildung) an die staatlichen Stellen richtet. Solche Aktionen sind geeignet, die Barrieren in den Köpfen mit abzubauen. Sie weist in diesem Zusammenhang besonders auf das vorgelegte Textplakat hin, das den ersten Preis in der Gruppe der 13-18-Jährigen erhielt und von einer Förderschule eingereicht wurde.

Frau Manderla stellt klar, dass man mit der Anfrage nicht den Sinn einer solchen Aktion hinterfragen wollte.

Frau Stangier erklärt für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass sie vollständig hinter dieser Aktion stehe. Der entstandene Eindruck war nicht beabsichtigt und wird nicht geteilt. Die Vorlagen wurden unter der Beteiligung vieler Betroffener erstellt und es geht um das Thema „inklusive Bildung für alle“, von dem auch Schüler/innen aus Nicht-Förderschulen profitieren.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), schätzt das Ziel der Aktion und die Einbeziehung Betroffener im Vorfeld, doch werde die Aktion durch das Plakatieren im öffentlichen Raum zu einer Aussage und einem Handeln im Namen der Kommune. Unter diesem Gesichtspunkt hätte man die mögliche Rezeption der Aussage in Betracht ziehen müssen. Nicht jeden Wettbewerb, der einen Preis erbringt, könne man übernehmen. In jedem Fall müsse man sich die Frage stellen, ob das Ergebnis auch adäquat ist in seiner Wirkung. Zahlreiche Anrufe hätten ihr klargemacht, dass suggestiv andere Ergebnisse mit der Aktion transportiert wurden. Es wurde einstimmig gefragt: „Haben denn behinderte Kinder vorher keine Bildung erhalten?“. Der Eindruck sei vielleicht ungewollt entstanden, aber er lasse sich nicht von der Hand weisen.

Frau Quilling, sachkundige Einwohnerin, bedankt sich bei Frau Reinecke für die ausführliche Kommentierung, doch müsse ein Plakat auch ohne akademische Unterweisung wirken. Sie sei sehr oft auf das Plakat angesprochen worden und habe selbst auch beim ersten Anschauen zunächst gestutzt. Sie begrüßt aber die Aktion und spricht sich für eine Fortsetzung aus, wenn weitere Mittel zur Verfügung gestellt würden. Sie vermisse eine Erklärung auf dem Plakat im Hinblick auf das sensible Thema.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), findet beide Plakate sehr gelungen, um das Thema Inklusion ins Gespräch zu bringen, was die Debatte auch beweise. Viele Menschen kennen maximal den Begriff der Integration. Aus der Diskussion nimmt sie für sich mit, dass bei den Förderschul-Lehrer/innen eine hohe Sensibilität besteht, die auch berechtigt ist, weil sie sich in ihrer Wertschätzung hinterfragt fühlen. Das war aber nicht die Intention der Aktion und es sollte nun nicht der Fehler begangen werden, die Interessen der kleinen Gruppe der Kritiker über das Ziel zu setzen, das Thema bei der großen Zielgruppe der Normalbürger ins Gespräch zu bringen, um den Betroffenen zu helfen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt, ob die Absicht bestehe, den Förderschullehrern eine Antwort auf ihre Anfrage zuzusenden.

Frau Dr. Klein schickt vorab, dass Inklusion solche Diskussionsprozesse, wie die von den Plakaten ausgelöst, braucht. Man befindet sich mitten in der Inklusionsdebatte, was die Plakate auf den Punkt gebracht haben, womit sie dem Prozess dienen. Die Diskussion soll auch offen geführt werden, um einen Scheinkonsens zu vermeiden. Sie räumt der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Betroffener das Recht ein, zu definieren, wie sie wahrgenommen werden wollen. Selbstverständlich werde der Brief der Förderschule beantwortet, wobei man die Betroffenheit der Absender wertschätzen wird, auf der Basis der Diskussion im Schulausschuss. Das Schreiben und das Antwortschreiben wird man dem Expertenbeirat Inklusion vorlegen.

Frau Reinecke ergänzt noch, dass 30 Einsendungen in einer Wanderausstellung gezeigt werden, deren nächste Stationen man dem Ausschuss noch mitteilen wird.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.2.3 Gesamtschulbedarf Mülheim, Vorlage 1152/2013 AN/0710/2013

Die Antwort der Verwaltung lag zur Sitzung noch nicht vor und wird nachgereicht.

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05 Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung 0864/2013

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung schlägt dem Stadtentwicklungsausschuss vor, wie folgt zu beschließen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Aufstellungsbeschluss vom 09.09.2010 betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05 –Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven– um das Gebiet einer Erschließungsfläche zwischen André-Citroën-Straße und Hans-Kalscheuer-Straße sowie einer Fläche für eine Kindertagesstätte an der André-Citroën-Straße zu erweitern;
2. den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05 –Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven– mit gestalterischen Festsetzungen nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen. Das Gebiet des Änderungsentwurfes umfasst eine Erschließungsfläche zwischen André-Citroën-Straße und Hans-Kalscheuer-Straße, eine Fläche für eine Kindertagesstätte an der André-Citroën-Straße und einen Bereich Ecke Oberstraße/Berliner Straße.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 frei

4.3 **Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld; hier: Beschluss über das weitere Verfahren zur Erstellung eines städtebaulichen Planungskonzeptes - Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung) 1077/2013**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet darum, die Entscheidung zur Klärung der Verfahrensfragen in die nachfolgenden Gremien zu schieben. Um Missverständnisse zu vermeiden weist er nochmals darauf hin, dass seine Fraktion für die Universitätsschule ist und sie für ein gutes Konzept hält. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld habe ihre Entscheidung vertagt und eine Sondersitzung für den nachfolgenden Montag anberaumt. Man möchte nicht gegen das Votum der Bezirksvertretung einen Beschluss fassen und stattdessen die Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss treffen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, gibt zu bedenken, dass der Stadtentwicklungsausschuss im Vorfeld eine Stellungnahme der Politik zur schulpolitischen Frage erwartet, was man für sinnvoll hält. Dies sollte explizit mitgeteilt werden. Auch seine Fraktion wiederholt in diesem Zusammenhang ihr Votum für die Einrichtung einer inklusiven Universitätsschule auf dem Heliosgelände. Dies sollte in der Entscheidung zur Vorlage auch mitgeteilt werden. Zur Verfahrensfrage brauche man dagegen noch keine Stellungnahme abgeben.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin (FDP), meint sich zu erinnern, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bereits in der Vergangenheit ein gemeinsames positives Votum für die Universitätsschule abgegeben hat.

Frau Dr. Klein verweist auf den Beschluss vom 29.10.2012:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, bei den weiteren Planungen für das Heliosgelände einen Schulstandort für die "Inklusive Universitätsschule" auf dem Heliosgelände zu berücksichtigen und zusammen mit der Universität zu Köln die Inklusive Universitätsschule im Hinblick auf das weitere Verfahren zu konkretisieren.“

Dieser Beschluss gelte auch weiterhin, wenn die aktuelle Vorlage ohne eigenes Votum in die weitere Beratungsfolge verwiesen werde.

Frau Manderla weist darauf hin, dass man sich darauf geeinigt habe, der Bitte einer Partei um Aufschub der Entscheidung zu entsprechen und ruft zur Abstimmung auf.

Das Gremium stimmt einstimmig zu, die Vorlage ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben unter Bezug auf seinen gültigen Beschluss vom 29.10.2012.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien gegeben. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bleibt bei seinem Beschluss vom 29.10.2012.

[Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 29.10.2012:

„...Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, bei den weiteren Planungen für das Heliosgelände einen Schulstandort für die "Inklusive Universitätsschule" auf dem Heliosgelände zu berücksichtigen und zusammen mit der Universität zu Köln die Inklusive Universitätsschule im Hinblick auf das weitere Verfahren zu konkretisieren.“]

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Fortführung Schulsozialarbeit ab 2014 1041/2013

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, schickt voraus, dass man sich darüber einig ist, dass die Schulsozialarbeit in Köln fortgeführt werden soll. Schon bei der Einführung habe man jedoch Bedenken gehabt, wie denn eine Fortführung finanziert werden soll, wenn die Befristung ausläuft. Schon damals habe man gesagt, dass eine alleinige Finanzierung der Fortführung durch die Kommune nicht in Betracht komme, ebenso wenig wie eine sofortige Einstellung. Nun sei man darüber informiert worden, dass der Bund die Fortführung nach dem 31.07.2014 nicht weiter finanzieren werde, sodass man jetzt das Land in die Pflicht nehmen müsse und dort um eine Zusage zur weiteren Finanzierung anfragen muss. Im Bildungspaket sei von Anfang an nur eine Anstoßfinanzierung geplant gewesen mit dem Ziel, dass das Land Vorschläge macht, wie eine weitere Finanzierung nach dem Auslaufen aussehen könnte. Es gelte nun, zu überlegen, wie man das Land dazu bewegen könne, diese Aufgabe zu übernehmen. Eine Verwendung der Restmittel könne allenfalls für einen Pufferzeitraum herangezogen werden, doch solle man diese Möglichkeit auf jeden Fall ergreifen, wenn sie besteht.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Vorlage, die nun so aussehe, als ob es sich um ein Notfallprogramm handelt, welches das Ende des Programms lediglich um ein halbes Jahr hinauszögert. Er erinnert daran, dass das Schuljahr bald endet und auch das Jahresende näher rückt und sieht keinen Anlass, jetzt von der Resolution an den Bund mit ihren klaren Forderungen abzurücken, um die Verantwortung auf das Land zu verlagern. Der Wegfall der Schulsozialarbeit zum 31.12.2013 oder zum 31.07.2014 wäre sowohl für die betroffenen Schüler/innen als auch für die beschäftigten Schulsozialarbeiter/innen eine Katastrophe. Deshalb will man an der Resolution an den Bund mit oberster Priorität festhalten, weil man den Bund in der Pflicht dazu sieht, und Herr Philippi appelliert daran, gemeinsam an diesem Strang zu ziehen, damit die Schulsozialarbeit auch über das nächste Schuljahr hinaus weiterarbeiten kann. Die Sondersitzung zu den Berufskollegs habe deutlich gemacht, dass Schulsozialarbeit an allen Schulen sinnvoll und notwendig ist.

Frau Manderla stellt nochmals klar, dass alle Fraktionen eine Fortführung der Schulsozialarbeit wollen, doch müsse man mit negativen Signalen aus dem Bund, dass eine Finanzierung von dort nicht erfolgt, auch umgehen. Die Vorlage sei eine Zwischenlösung, aber man müsse sich jetzt Gedanken über die Zukunft machen.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin (FDP), wiederholt, dass der Politik von vorneherein klar war, dass es sich um befristete Stellen handelt. Man habe es auch von Anfang an als sinnvoll angesehen, die Stellen über den 31.12.2013 hinaus zu erhalten. Wenn man aber jetzt erkenne, dass der Bund das Geld im Zweifelsfalle nicht weiter zahlt, dann müsse insbesondere der Schulausschuss parallel zu der Resolution nach anderen Töpfen suchen. Ein anderer Topf sei das Land und dieser müsse nun angefragt werden, wenn die Kommune die Fortführung aus eigenen Mitteln nicht schafft.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), stimmt dem Grundkonsens, dass die Stadt die Aufgabe nicht aus eigenen Mitteln weiter finanzieren kann und dafür Geld benötigt, zu. Es sei auch unstrittig, dass eine zwingende Notwendigkeit zur Fortführung der Schulsozialarbeit in fast allen Schulen bestehe. Nach anfänglicher Skepsis hätten mittlerweile alle Schulformen gerne die Schulsozialarbeit angenommen. Es sei eine strategische Frage vor dem Hintergrund der Bundestagswahl, ob man bereits jetzt den Bund aus seiner Verantwortung entlasse, gerade als es darauf ankomme, dass der Druck erhöht werden müsste. Es sei eine Herausforderung für die Kolleginnen aus der CDU-Fraktion oder der FDP-Fraktion, ihre Bundesparteien immer wieder an diesen Punkt zu erinnern. Ob daneben auch weitere Seiten zur Finanzierung mit herangezogen werden können, sei eine nachrangige Frage, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht stelle.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin (FDP), erinnert daran, dass sowohl ihre Fraktion, als auch die CDU-Fraktion sich der Resolution an den Bund angeschlossen haben und damit bereits an ihn herangetreten sind. Man könne aber auch das eine tun, ohne das andere zu lassen, indem man zum Erreichen des Zieles parallel auch an das Land herantritt und damit keine Möglichkeit zur Finanzierung außen vor lässt.

Frau Dr. Klein erinnert daran, dass die Schulsozialarbeit ein Baustein des Bildungs- und Teilhabepaketes ist und durch eine bundesgesetzliche Regelung damit verknüpft wurde. Als Begründung war es u.a. Aufgabe der Schulsozialarbeit, u.a. den Eltern bei der Antragstellung aus dem Teilhabepaket behilflich zu sein. Es sollte auf jeden Fall vermieden werden, dass sowohl der Bund als auch das Land die Zuständigkeit zur weiteren Finanzierung bei der Kommune sehen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, fragt nach, ob es angedacht ist, im Falle einer Verlängerung auch den bisher nicht mit einem/r Schulsozialarbeiter/in ausgestatteten Schulen jemanden zuzuweisen, wenn sie einen entsprechenden Bedarf haben. Für den Fall, dass die Zahl der Stellen nicht erhöht werden kann, möchte er wissen, ob die Verwaltung plane, die Verteilung neu zu organisieren.

Frau Dr. Klein verneint dies. Natürlich hätte man 2011 gerne alle Schulen damit ausgestattet, aber weil der Stellenanteil limitiert war wurden verschiedene Kriterien aufgestellt, nach denen die Stellen verteilt wurden. Dazu gehörte beispielsweise ein Sozialindex, wie viele Schüler/innen an der jeweiligen Schule Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII erhalten; weiterführende Schulen und Grundschulen; Offenheit für die Aufgabe der Inklusion etc.. Diese Kriterien gelten auch nach 2 Jahren noch, so dass es derzeit keinen Anlass gibt, die Stellen anders zu verteilen.

Frau Quilling, sachkundige Einwohnerin, meint, dass der fachpolitische Konflikt vorprogrammiert war. Besser wäre es gewesen, wenn Bund, Land und Kommune sich in dieser Sache von vorneherein abgestimmt hätten. Man dürfe aber nicht vergessen, dass es um 80 Stellen geht, um 80 Menschen, die ihren Job verlieren, den man nicht an einer Stelle nur vorübergehend für 8 Monate ausüben kann. Die Verwaltung habe keine Möglichkeit, die 80 Personen umzuverteilen. Sie ist deshalb der Auffassung, dass der Bund nicht aus der Aufgabe einer weiteren Finanzierung entlassen werden sollte und man die Aufgabe an das Land abtritt. Bei der Einführung des Bildungspaketes hatten sich beide darauf geeinigt, die Schulsozialarbeit anzustoßen im Wissen um die Haushaltssituation der Kommunen. Nun müssten sie auch gemeinsam für den Fortbestand sorgen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die gemäß seines Beschlusses vom 13.10.2011 (Vorlagen-Nr. 3812/2011) befristet bis zum 31.12.2013 zugesetzten 93,67 Stellen Schulsozialarbeit - entsprechend seiner Resolution vom 18.12.2012 - ab 01.01.2014 unbefristet fortzuführen. Diese Stellen setzen sich aus 31 städtischen Stellen und 62,67 Stellen in freier Trägerschaft zusammen. Diese unbefristete Bereitstellung steht unter dem Vorbehalt deren voll umfänglicher Finanzierung durch den Bund im Rahmen der Bezuschussung der Kosten der Unterkunft für die Schulsozialarbeit im Bildungs- und Teilhabepaket.

Die Finanzierung der Kosten dieser Maßnahme in Höhe von 5.701.000,-- € erfolgt in 2014 nach vollständiger Refinanzierung durch den Bund in Höhe von 8.188.700,-- € im Rahmen der Bewirtschaftung im Teilergebnisplan 0604 - Kinder- und Jugendarbeit. Ein Restbetrag in Höhe von 2.487.700,-- € wird zur teilweisen Refinanzierung des Personal- und Sachaufwandes der bereits unbefristet bestehenden Schulsozialarbeiterstellen in städtischer und freier Trägerschaft verwendet (s. Anlage1).

2. Für den Fall, dass der Bund die Fortführung der Finanzierung nicht beschließt bzw. keine zeitnahe Entscheidung herbeiführt, beschließt der Rat der Stadt Köln die Fortführung der im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in 2011 neu zugesetzten Stellen bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 am 31.07.2014.

Die dazu notwendige Finanzierung der Personal- und Sachkosten für städtisches Personal sowie die Transferaufwendungen für die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern durch freie Träger in Höhe von 3.325.600,-- (siehe Anlage 2) wird dann in 2014 im Teilergebnisplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit – im Rahmen der Bewirtschaftung durch übertragene Restmittel aus Vorjahren sichergestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Ratsvorlage zur Bewerbung um den Titel "NRW-Sportschule" 1421/2013

Herr Philippi, SPD-Fraktion, hat sich bereits im Sportausschuss über diese Beschlussvorlage gefreut und bedankt sich bei den im Sportverbund beteiligten Schulen für ihre hervorragende Arbeit.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, wie es zu der Auswahl kommt und warum keine Hauptschule unter den beteiligten Schulen ist.

Frau Dr. Klein erklärt, dass das Projekt nicht ausgeschrieben wurde, sondern dass es sich um einen Zusammenschluss von Schulen handelt, die das Prädikat „sportbetont“ im Profil der Schule verankert hatten. Man hätte sich auch eine Hauptschule oder eine Gesamtschule mit im Verbund gewünscht, aber ein solcher Schwerpunkt lässt sich nicht erzwingen. Derzeit liegen auch keine konkreten Anträge dieser Schulformen vor. Die Stadt ist froh, dass die Schulen den Verbund gebildet und schon jahrelang im Kölner Modell mittragen.

Frau Manderla erinnert, dass die Idee zur sportbetonten Schule im Jahre 2001 im Sportausschuss entstanden ist. Sie begrüßt dieses Konzept. Die Stadt Köln sei bei-

spielsweise mit dem Sportinternat in diesem Bereich sehr vorbildlich. Auch sie würde es begrüßen, wenn sich auch eine Hauptschule in eine sportbetonte Schule umwandeln ließe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich nach Abstimmung mit dem „Verbund Sportbetonte Schulen Köln“ um den Titel „NRW-Sportschule Köln“ zum Schuljahr 2014/2015 zu bewerben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachkraft für Schutz und Sicherheit/Servicekraft für Schutz und Sicherheit" am Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln
1699/2013**

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, trägt eine Bitte des Arbeitskreises der Schulleiter vor: Bisher war es bei Errichtungsvorlagen üblich, dass vorher die Schulleiter der anderen Berufskollegs befragt wurden und dass die Einrichtung eines neuen Bildungsganges dann im Arbeitskreis diskutiert wurde. Es handele sich hierbei schon um die zweite Vorlage, die vorher nicht dem Arbeitskreis der Schulleiter vorgelegt wurde. Sie bittet deshalb die Verwaltung, künftig wieder das Votum des Arbeitskreises der Schulleiter einzuholen, bevor die Beschlussvorlage in den Ausschuss kommt.

Frau Dr. Klein erwidert, dass man von der Verwaltung davon ausgegangen ist, dass dies im Vorfeld geschehen ist. Sie nimmt den Hinweis gerne auf und leitet ihn an die Bezirksregierung weiter, welche die Studiengänge vorschlägt.

Frau Heuer bestätigt, dass die Bezirksregierung die Studiengänge vorschlägt.

Frau Riedel wendet ein, dass man im Rahmen der selbstständigen Schule eine entsprechende Regelung direkt mit dem Schulträger hatte, was in der Vergangenheit auch funktioniert habe. Man solle der betroffenen Schule vorab ein Hinweis geben, was dem Arbeitskreis ausreiche.

Frau Dr. Klein sagt zu, den Wunsch an die Bezirksregierung weiterzugeben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

„Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Errichtung eines neuen Bildungsganges

„Fachkraft für Schutz und Sicherheit/Servicekraft für Schutz und Sicherheit“

am Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln, zum Schuljahr 2013/2014.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

5.2 Mitteilungen der Verwaltung

5.2.1 Beratung und Transparenz zum Übergang in die Berufs- und Weiterbildungskollegs 1221/2013

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die Sondersitzung zu den Herausforderungen an die Berufskollegs und stellt dar, dass man dabei fragte „Wohin geht es nach der Schule?“. Dabei wiesen die Berufsschulen auf mangelnden qualifizierten Nachwuchs innerhalb der Lehrberufe hin und betonten, wie wichtig die Werbung in diesem Bereich ist. Dabei ist das Übergangssystem Schule-Beruf in Köln ein wichtiger Partner, um dem Fachkräftemangel in den Schulen gegenzuwirken.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, merkt zu der auf Seite 2 erwähnten Ausstellung der Kölner Berufskollegs an, dass die Stiftung Berufliche Bildung in Kooperation mit dem Regionalen Bildungsbüro das Komed im Mediapark als Ausstellungsort für den 13. und 14.11.2013 gebucht hat. Sie bedankt sich beim Regionalen Bildungsbüro für die Unterstützung.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.2 Sachstand des städtischen iPad-Klassen Projektes 1255/2013

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, wie viele Schulen sich insgesamt beworben haben und, ob das Projekt wissenschaftlich begleitet wird.

Frau Heuer erklärt, dass Schulen in einem längeren Prozess Vorreiterfunktion übernommen haben, ohne dass es hierzu ein Bewerbungsverfahren gab. Eine wissenschaftliche Begleitung wurde nicht beauftragt, weil sie den finanziellen Rahmen sprengt. Das Projekt wird aber konzeptionell begleitet von den Kompetenzteams der Schulaufsicht, die auch eine Auswertung vornehmen werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat folgende Fragen zu dem Projekt:

1. Übernimmt der Schulträger die Kosten?
2. Wie erfolgte die Vorbereitung der Schulen bzw. der Lehrer/innen?
3. Warum ist das Montessori-Gymnasium, welches auch an einem solchen Projekt interessiert ist, nicht mit auf der Liste? und
4. Gibt es eine Verantwortung des Schulträgers für die Übernahme der Kosten zur Abmilderung beispielsweise von sozialen Problemen oder sind die Schulen in der Verwendung der Lehr- und Lernmittel frei?

Frau Heuer bestätigt, dass ein Budget zur Beschaffung neuer digitaler Medien vorhanden ist. Ungefähr 10% dieser Gelder werden für innovative Projekte zur Verfügung gestellt, z.B. in Zusammenhang mit dem Auftrag des Rates zur Internetstadt Köln. Auf Grund der begrenzten Mittel kann dies nicht flächendeckend allen interessierten Schulen zur Verfügung gestellt werden. Daneben gibt es aber auch das Projekt „bring your own device“ vom Verein Neue Medien mit der Unterstützung von netcologne, das den Schulen ein leasing-Modell anbietet, sodass auch Anschaffungen für Kinder möglich sind, deren Eltern das nicht finanzieren können. Das Kompetenzteam begleitet auch

die Erfahrungen mit diesem Modell und trifft danach Entscheidungen bezüglich z.B. der Verkabelung von Schulen oder der Ausstattung mit W-LAN.

Herr Thelen fragt noch nach, ob die Schüler/innen die von der Stadt angeschafften iPads auch mit nach Hause nehmen dürfen.

Frau Heuer weist darauf hin, dass die städtisch angeschafften iPads aus versicherungstechnischen Gründen nur zum schulischen Gebrauch bestimmt sind. Sie bestätigt darüber hinaus, dass man derzeit mit dem Montessori-Gymnasium im Gespräch ist, das im Zusammenhang mit dem Modell „bring your own device“ ein eigenes Konzept vorgelegt hat.

Frau Manderla ergänzt noch, dass der Mitgliedsbeitrag für Kölner Schulen im Verein Neue Medien für Kölner Schulen 50 Euro im Jahr beträgt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, hält es für unbefriedigend, dass weder zu ersehen ist, wie lange das Projekt noch dauert und nach welchen Kriterien die Projekte durchgeführt werden bzw. über die Sinnhaftigkeit entschieden wird. Nach seiner Erfahrung bietet die Universität zu Köln wissenschaftliche Begleitungen von Projekten gelegentlich kostenfrei an, während das Kompetenzteam mit einer solchen Aufgabe seiner Meinung nach überfordert ist.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.3 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" 1319/2013

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.4 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion 1548/2013

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vermisst in der Auflistung die Kompetenzzentren und möchte wissen, ob die Stadtverwaltung auch daran gedacht hat, Personal für diese Aufgabe zuzusetzen.

Frau Heuer bestätigt, dass die Kompetenzzentren mit dabei sind und in die regionalen Unterstützungszentren mit eingehen. An Personal wurde für diese Aufgabe eine Stelle im Regionalen Bildungsbüro zugesetzt, eine Stelle im Baubereich, eine Stelle bei der integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, sowie eine halbe Stelle für Monitoring.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.5 Genehmigung der Bezirksregierung Köln zur Einführung des gebundenen Ganztages an der Hauptschule Rendsburger Platz (Mülheim) ab Schuljahr 2013/14 1727/2013

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, war erstaunt über die Entwicklung der Aufnahmezahlen an der Hauptschule Rendsburger Platz. Im Jahre 2012/2013 la-

gen sie bei 15 und für 2013/2014 bei 24. Die Schule wird auslaufen und bekommt jetzt die Genehmigung für den Ganztagsbetrieb, was bedeutet, dass sie instandgesetzt werden muss, um einen Ganztagsbetrieb zu führen. Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, wie es an dieser Schule weitergeht.

Die Planung des gebundenen Ganztages war laut Frau Dr. Klein eine der vielen Maßnahmen zur Stabilisierung der Hauptschulen. Die Schule ist ein Beispiel dafür, dass selbst das beste Angebot nicht zu einer Erhöhung der Anmeldezahlen an Hauptschulen führt. Nun muss man vor einer sich verändernden Schullandschaft damit umgehen, dass in diesen Standort bereits investiert wurde. Wenn am 01.07.2013 die Vorschläge zu den beiden Gemeinschaftsschulen vorgelegt werden, dann wird man das Ergebnis von Überlegungen anführen können, ob diese Immobilie für eine Umwandlung der beiden Gemeinschaftsschulen in eine Gesamtschule nutzbar ist. Derzeit werden dazu noch Gespräche mit der Hauptschule über eine mögliche Verlagerung an einen anderen Standort geführt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.6 Kundenforum der Volkshochschule 1174/2013

Herr Schüller gibt ergänzend die Information, dass das Kundenforum Teil des Qualitätsentwicklungsprozesses ist. Jede Veranstaltung wird durch eine anschließende Nutzerbefragung evaluiert. Die Auswertung wird zur Programmentwicklung genutzt. Hier wurde der persönliche Austausch gesucht und es ist beabsichtigt, dies im nächsten Jahr durch ein weiteres Kundenforum fortzuführen, weil es viele interessante Anregungen zur Programmentwicklung, zur räumlichen Situation und zum Kundenservice gab.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.7 Inklusive Universitätsschule Heliosgelände - Projektstand 1656/2013

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt unter Bezug auf die Sondersitzung zu der Entwicklung bei den Berufskollegs zum „**Campus Deutz**“:

1. Hat die Verwaltung Pläne, einen weiteren Campus auf Kölner Stadtgebiet zu installieren?
2. Welche Gelingensbedingungen für ein adäquates Funktionieren einer Campuslösung gibt es?
3. Welche Elemente sollen oder können sinnvollerweise in einen Standard integriert werden?

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, interessiert sich **ergänzend** dafür, wie das Entscheidungsverfahren für einen zweiten Campus sein wird, und ob die Schulen daran beteiligt werden. Sie weiß von vielen Schulen, die gerne an einem zweiten Campus teilnehmen würden.

Außerdem fragt **Frau Riedel**, sachkundige Einwohnerin, zum „**Schulsupport von netcologne**“: Wie lautet der Vertragsinhalt über den Umfang des Schulsupports? Gehört das Auspacken und Anschließen der PCs zum vertraglich vereinbarten Support dazu oder müssen dies die Schulen selber leisten? Hierzu gibt es in den einzelnen Schulen sehr unterschiedliche Erfahrungen, da solche Leistungen von der Firma teilweise abgelehnt wurden. Und: welche Kosten entstehen jährlich für den Schulsupport?

7 Verschiedenes

gez. Manderla, 17.06.2013

Vorsitzende

gez. Bernecker, 17.06.2013

Schriftführer